

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verlagsort: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574,
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbegreifung 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Biegungsblätter der Staatschuldenverwaltung, Holzplanen-Verkaufsblätter der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 9

Dresden, Montag, 12. Januar

1931

Der Lohnkampf im Kohlenbergbau.

Der Schiedsspruch.
Eisen, 10. Januar.

Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau wurde am 12. Uhr 45 Min. vom Schlichter und den beiden Unparteiischen einstimmig gefällt. Er lautet: 1. Der Vertrag vom 4. September 1930 wird vom 1. Januar 1931 ab wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß sich sämtliche Löhne um sechs Prozent erhöhen. 2. Die zum 15. Januar 1931 zum Zwecke der Vertragsänderung ausgesprochenen Forderungen gelten als zurückgenommen. 3. Dieser Vertrag gilt bis zum 30. Juni 1931 und läuft bei sechsmonatiger Kündigung bis zu einem halben Jahr weiter. Die Erklärung des Mann am Montag vormittags 9 Uhr ab. Die Verhandlungen sind am Montag nachmittags 5 Uhr im Reichsarbeitsministerium schlichtet. Die Arbeitgeber haben sofort erklärt, den Schiedsspruch nicht annehmen zu können. Die Arbeitnehmer werden morgen zu dem Spruch Stellung nehmen.

Einstimmige Ablehnung des Ruhr-Schiedspruchs durch die Bergarbeiter.

Der Bergbauindustriearbeiterverband (Alter Bergarbeiterverband) hatte gestern erneut seine Forderungen nach Wochensumme in einer großen Reviorkonferenz zu dem Schiedsspruch im Ruhrbergbau Stellung zu nehmen. Das Revierrat erstattete das Vorstandsmitglied Martin Müller, wobei u. a. folgendes ausgeführt wurde: Den Schlichtungsverhandlungen in diesen Tagen waren bekanntlich Besprechungen mit dem Reichsbergbauamt zu Anfang der Woche vorausgegangen. Diese Besprechungen ergaben, daß man in Reviorkonferenzen die Absicht begreife, die Lohnfrage mit der Sanierung der Knappschaft zu verbinden. Die Bergarbeitervertreter haben diese Verknüpfung entschieden abgelehnt und gleichzeitig betont, daß die Knappschaft unter allen Umständen geschützt werden müsse und zwar unabhängig von der Lohnfrage. Infolgedessen konnte es zu keiner Verständigung kommen. Die am Mittwoch abgehaltenen Schlichtungsverhandlungen wurden daher nach achtstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen. Danach war unangenehm mit einer Aussperrung der etwa 300 000 Bergarbeiter im Ruhrbergbau zu rechnen. Um diesen drohenden Arbeitskampf unter allen Umständen zu verhindern, hat sich daraufhin die Reichsregierung veranlaßt gefühlt, in den Lohnkonflikt einzugreifen.

Die Unternehmer haben diesen Schiedsspruch sofort abgelehnt.

Auch wir empfehlen, ihn abzulehnen, da wir nach wie vor auf Grund unserer eingehenden Prüfungen auf dem Standpunkt stehen, daß ein Lohnabbau im Ruhrbergbau keine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Wir müssen ihn aber auch ablehnen, weil wir den Lohnabbau zur Wahrung der Wirtschaftlichkeit grundsätzlich für falsch halten. Weit mehr als die Unternehmer haben deshalb die Bergarbeiter das Recht, diesen Schiedsspruch als wirtschaftlich unbillig abzulehnen und ihn als einen politischen Schiedsspruch zu bezeichnen. Es nun die Regierung trotz unserer Ermahnungen den Schiedsspruch zurecht von Amt wegen für verbindlich erklären wird, müssen wir uns auch heute über unsere weitere Haltung klar werden. Dabei ist zu beachten, daß die heutige Krisenzeit keinen günstigen Boden für einen erfolgreichen Kampf bietet. Besonders ist es auch, gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch anzukämpfen. Nach wie vor müssen wir auch die gewissenlosen Streikparolen der RSD. ablehnen, so berechtigt die Erbitterung der Bergarbeiter über den Lohnabbau auch ist. Wer jedoch den Verlaß des Sozialstaates aufmerksam verfolgt hat, wird zugedenken müssen, daß die Bergarbeitervertreter im

möglichst getan haben, um zu einer günstigen Lösung für die Bergarbeiter zu kommen. Nachdem aber nunmehr die vorgelegten Verhältnisse klarer sind als unter Wille und unter äußerlicher Machtposition, wäre es unverantwortlich, eine andere Haltung einzunehmen. Die Bergarbeiter müssen vor allem beachten, daß wir in wenigen Monaten im Ruhrbergbau mit neuen und schwerwiegenden Tarifkonflikten zu rechnen haben, die noch mehr als jetzt die Günstigkeit und Schlagkraft der Bergarbeiter erfordern, und daß und entscheidende Auseinandersetzungen nicht erpart bleiben werden.

In der anschließenden Aussprache wurde betont, daß die Bergarbeiter tief empört seien, weil man durch den Schiedsspruch das Maß des Ertrags durch weit überhöhten Lohn habe. Nachdem die Forderung unter den Bergarbeitern einen ungemein hohen Grad erreicht habe, sei es den organisierten Bergarbeitern außerordentlich schwer, das Lohnbilligkeit Kampflos hinzunehmen. Wenn sich die Bergarbeitervertreter in der heutigen Konferenz schweren Herzens trotzdem für die Hinausschiebung des Kampfes entschließen würden, dann gelte das nur in der Hoffnung, daß recht bald der Zeitpunkt zum Losbrechen günstiger sei als jetzt. Auch innerhalb der christlich organisierten wie auch in den Reihen der Nichtorganisierten wachse die Erkenntnis, daß ein entscheidender Kampf im Ruhrbergbau nicht ausbleiben könne. Entsprechend dieser Erkenntnis sei es daher das vornehmste Gebot der Stunde, auch jetzt einig und geschlossen zusammenzutreten und die Macht der Organisation zu stärken. Die Abstimmung am Schluß der Konferenz über Annahme ergab, daß die anwesenden Delegierten den Schiedsspruch ablehnten.

Auch die christlichen Bergleute lehnen ab.

Eisen, 11. Januar.
In einer außerordentlichen Generalversammlung des Gewervereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands wurde nach einer ausgiebigen Aussprache eine Entschließung gefaßt, in der die Versammlung zunächst ihre Enttäuschung über den Lohnabbau ausdrückt und in der es dann weiter u. a. heißt:

Die Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet befinden sich in einer außerordentlich drückenden Notlage. Von 383 000 Ruhrbergleuten wurden im letzten Jahr fast 100 000 entlassen. Außerdem sind im Jahre 1930 über 9 1/2 Millionen Felleisenschichten infolge Abwalmangels eingelegt worden. Dadurch wurde das Einkommen der Bergarbeiter bedeutend vermindert. Die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues rechtfertigt den Schiedsspruch nicht. Sie ist bedeutend besser, als sie vom Zechenverband dargestellt wird. Die Ruhrkohlenförderung war im Jahre 1930 nur etwa sieben Millionen Tonnen niedriger als im Vorjahresjahre 1929. Im gleichen Zeitraum aber sank die Belegschaftsziffer des Ruhrbergbaues um 131 000 Mann. Die Lohnkosten je Tonne sind gefallen. Der Förderanteil je Mann und Schicht war im Oktober 1930 um 494 kg oder 64,4 Proz. höher als im Mai 1926. Die Lohnkosten je Tonne sind ab Mai 1926 bis Oktober 1930 um 1,15 RM. gefallen. Durch die Senkung der Selbstkosten ist die ab 1. Dezember eingetretene Kohlenpreissenkung um durchschnittlich 1 RM. mehr als ausgeglichen. Die Behauptung des Zechenverbandes, daß es dem Ruhrbergbau finanziell schlecht gehe und er mit Zuschüssen arbeite, kann deshalb nicht stimmen. Nicht dem Ruhrbergbau sondern den Bergarbeitern und ihren Familien geht es schlecht.

Deshalb ist der Schiedsspruch mit 6 Prozentiger Lohnsenkung ungerecht und unannehmlich. Die außerordentliche Generalversammlung lehnt darum den Schiedsspruch mit aller Entschiedenheit ab. Um für die Zukunft

Kampf über die Lage des Bergbaues zu schaffen und Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden, fordert die Generalversammlung die Einführung einer unparteiischen Instanz zur ständigen Prüfung der Rentabilität des Bergbaues wie sie in England besteht. Die einseitigen Berechnungen und Angaben der Unternehmer können keinen Glauben beanspruchen. An die Öffentlichkeit wird appelliert, die Bergarbeiter in ihrem berechtigten Kampf um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu unterstützen.

Ferner nahm die Generalversammlung Stellung zur

Preisabbaufrage.
Es wurde lebhaft bedauert, daß keine genügende Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei. In der Aussprache wurde in bezug auf den Preisabbau ein schärferes Eingreifen der Regierung verlangt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der das Bedauern ausgesprochen wird, daß die von der Regierung eingeleitete Preisabbaufaktion für die breiten Verbraucherschichten bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe. Weiter heißt es, durch Lohnsenkungen, Arbeitslosigkeit und die zu hohen Kleinhandelspreise werde die Kaufkraft der breiten Verbraucherschichten erheblich eingeschränkt. Die Herabsetzung der Löhne ohne entsprechende Herabsetzung der Preise sei für weite Verbraucherschichten untragbar. Zum Schluß wird von der Reichsregierung verlangt, daß sie mit derselben Schnelligkeit und Energie, mit der sie die Löhne abbauen lasse, auch eine Senkung der Preise und Abgaben durchsetze.

Eisen, 11. Januar.
Die heutige Konferenz der Vertrauensmänner des Hitzl-Dunkerschen Verbandes (Ableitung Bergarbeiter) hat den Schiedsspruch ebenfalls einstimmig abgelehnt.

Aussprache über den Schiedsspruch.

Berlin, 12. Januar.
Der Reichsarbeitsminister hat die Tarifparteien zu einer Aussprache über die Lage, die durch die beiderseitige Ablehnung des Schiedspruchs entstand, auf heute, Montag, 17. Uhr, in das Reichsarbeitsministerium eingeladen. Die Aussprache dient zur Klärung der Frage, ob eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs erfolgen soll.

Gründung eines „Roten Einheitsverbandes“ der Bergarbeiter Deutschlands.
Duisburg-Essen, 11. Januar.
Von der kommunistischen Streikleitung der Ruhrbergarbeiter war für heute die

dritte Schachtdelegierten-Konferenz einberufen worden mit dem Ziel, Stellung zu den Schlichtungsverhandlungen und des Streiklages sowie zur Gründung eines „Roten Einheitsverbandes“ der Bergarbeiter Deutschlands zu nehmen. Die Tagung dauerte etwa 6 1/2 Stunden. Vertreten waren 134 Schachtanlagen mit 1268 Delegierten, darunter 150 aus dem Alten Bergarbeiterverband ausgegliedert. Zunächst nahm man allgemeine Stellung gegen den Schiedsspruch und den von ihm festgesetzten Prozentigen Lohnabbau und forderte zur Fortführung des Streiks am Montag auf. Versammlungen und Demonstrationen sollen für den Streik werden.

Tann beschloß die Konferenz einstimmig die Gründung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Es wurde ein Vorstand von 50 Mitgliedern gewählt, der sich aus allen auf der Konferenz vertretenen Gruppen zusammensetzt und von denen mindestens 40 im Betrieb stehende Bergarbeiter sein müssen. Die Redner wandten sich scharf gegen die Zechenherren und ihre Führer Quiermann und Imbusch, denen man Verrat vorwarf. Als Zweck des neuen Verbandes wurde angegeben die Herstellung einer großen Einheitsfront der Bergarbeiter auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes, Führung erfolgreicher Kämpfe und bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter, ferner Kampf bis zur Vernichtung des kapitalistischen Systems und zur Auflösung der jetzigen Bergarbeitergewerkschaften.

Die neue Streikwelle solle der Auftakt sein zu einer großen Offensive für die Sieben-Bundenslicht, die Einbeziehung der Demagregelten und Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und gegen jede Lohnsenkung. Ferner solle der neue Verband den Kampf gegen den Youngplan und das Trauhilfem führen. Eine weitere wichtige Aufgabe sei die Organisierung der nächsten Betriebsratswahlen. Der Verband baut sich auf auf Schichtgruppen und Ortsgruppen. Beschlossen wurde der Beitritt zur Roten Hilfe zur Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.

An die ober-schlesische Bergarbeiter wurde ein Begrüßungstelegramm gerichtet, ebenso eine telegraphische Mitteilung an die Sowjetregierung in Moskau über den Beschluß eines neuen Streiks und die Gründung des Einheitsverbandes. Der neue Verband erstrebt den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale. Zum Schluß wurden Beitragsleistungen von Belegschaftsmitgliedern mehrerer Schachtanlagen verlesen. Es wurde betont, daß man mit der neuen

Gegen die Doppelverdiener.

Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Berlin, 10. Januar.
Reichsarbeitsminister Dr. Siegelward hat an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände folgendes Schreiben, das auch den obersten Sozialbehörden der Länder sowie der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Befehlshaber zur Kenntnis mitgeteilt wurde, gerichtet:
In letzter Zeit häufen sich in der Öffentlichkeit wiederum die Klagen über die sogenannten „Doppelverdiener“, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit bereits mit meinem Schreiben vom 24. September 1926 — IV. 11 905/26 — (Reichsarbeitsblatt S. 327) gelenkt habe. Ich erkenne gern an, daß sich in den letzten Jahren die Verhältnisse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer wiederholt mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben, und daß in einer Reihe von Einzelfällen Abhilfe geschaffen wurde. Auch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat seinerzeit auf meine Veranlassung bereits die Arbeitsämter angewiesen, im Rahmen der Vermittlungsgrundzüge des § 58 Abs. 1 RZA. bei der Vermittlung von Arbeitsuchenden einen etwaigen Doppeldienst zu berücksichtigen. Gleichwohl kann ich die noch immer lautwerdenden Klagen über die Beschäftigung von Doppelverdienern mit Rücksicht auf die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit nicht als unbedeutend ansehen; ich weise zugleich darauf hin, daß auch dem Reichsarbeits-

trüge vorliegen, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen, und daß der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung täglich in einer Entscheidung gefordert hat, daß die Maßnahmen auf dem Gebiete des „Doppeldienstes“ befristet werden müssen. Allerdings läßt sich nach der Auffassung des Vorstandes der Reichsanstalt eine allgemeingültige Begriffsbestimmung des „Doppeldienstes“, die alle in Betracht kommenden Lebensverhältnisse erschöpfend erfaßt, nicht finden; im Einzelfall dürfte aber die Feststellung kaum Schwierigkeiten bereiten, ob der Doppeldienst mit Rücksicht auf die Arbeitsmarktlage vertreten werden kann. Ich richte daher erneut die dringende Bitte an Sie, der Frage der Doppelverdiener Ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich bitte ferner, entsprechend der Zuweisung Ihrer Vertreter in der Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt am 4. Dezember 1930 auf die Ihnen angegliederten Verbände dahin einzuwirken, daß — soweit nicht im Einzelfalle besondere Gründe entgegenstehen — bei Entlassungen in erster Linie die sogenannten „Doppeldienstler“ ausscheiden, und daß keine Doppelverdiener neu eingestellt werden, solange unter den Arbeitslosen geeignete andere Arbeitskräfte verfügbar sind.

Schmidt, Stadtbankdirektor Hoffmann und Stadtbankdirektor Ludwig. Die Angelegenheiten werden sich wegen Verzuges, Unterdrückung, Unvollständigkeit, aktiver Verhinderung, Weigerung zum Vertrag, passiver Verhinderung und Unzureichung im Amt zu verhandeln haben. Den Stadtbankdirektoren wird außerdem mangelnde Aufsicht im Amt vorgeworfen.

Der, Willi und Max Starke haben laut Anlage die Berliner Stadtbank um rund 15 Millionen M. betrogen, indem sie vorgedruckte Rechnungsformulare der einzelnen Bezirksämter fälschten und diese der Stadtbank zur Begleichung vorlegten. Die Stadtbank, die ursprünglich eine Kontrollstelle eingerichtet hatte, um diese Rechnungen zu prüfen, hatte später von dieser Maßnahme abgesehen. Alle eingehenden Rechnungen wurden teilweise in voller Höhe bezahlt oder doch bevorzugt. Erst durch einen Untersuchungsbeamten des Bezirksamtes Spandau, dem auffiel, daß der Besitz mehr als die Mittel der Unterschriften ausgehen haben sollte, als ihm überhaupt an Wohlstandsmitteln zur Verfügung stand, wurde Nachfrage bei der Stadtbank gehalten. Die Rechnungen der drei Brüder, die auch einen großen Kennzahl unterhalten haben und die in der Berliner Gesellschaft eine gewisse Rolle zu spielen versuchten, sind auch durch den Buchhalter Lehmann vorgenommen worden, der hinterher der Staatsanwaltschaft allezeitigen wertvollen Hinweise geben konnte, um die Verschleierungen in den einzelnen Büchern auszuheben. Lehmann ist es vor allem zu verdanken, daß die Staatsanwaltschaft auf die Geheimkonten hingewiesen hat, die von den Brüdern Starke in Form von losen Zetteln geführt wurden.

Es gab da Konten mit Epithemen. Diese Epithemen bezogen sich auf Freunde in der sächsischen Verwaltung oder in der Stadtbank. Die Inhaber dieser Konten erhielten nicht nur Anträge, Besuche usw. sondern auch billige Preisen, sondern sie haben auch, wie z. B. einzelne Stadträte, monatlich direkte Unterzahlungen in bar erhalten. An anderen Stadträten gegenüber pflegten die Starke so vorzugehen, daß sie ihnen Gefälligkeiten durch Einkäufe erwiesen.

Den drei Leitern der Stadtbank wird vorgeworfen, daß sie als verantwortliche Oberleiter dieser Konten weder im Kreditnachschuß noch bei der Stadtverwaltung sich mit der notwendigen Energie gegen die immer höher werdenden Kredite der drei Brüder gewehrt haben. Auch ihnen wird zum Vorwurf gemacht, daß sie von den Starke'schen Weisungen angenommen und sich in die Jagdweilen bei Waren in Rechnung setzen ließ haben einhalten lassen.

Die Vertiefung der Angelegenheit liegt im wesentlichen in den Händen der Rechtsanwältin Dr. Alberg, Volkmann, Puppe, Dr. Julius Meyer I, Dr. End, Dr. Kunz, Justizrat Westhauer und Dr. Wahn.

Die Verlängerung der Fristen in der Krisenfürsorge.

Berlin, 10. Januar. Die Ratte Befragung der Gemeinden mit Wohlfahrtsämtern hat zu den bekanntesten Maßnahmen in der Rotterordnung geführt, die den Gemeinden gestatten, auf dem Wege allgemeiner Befragung der Bürgerchaft den dringenden Bedarf für die Erwerbslosen zu decken. Daneben werden die Gemeinden das Jahr zu tun haben, um durch äußerste Sparmaßnahmen ihren Haushalt aufrechtzuerhalten und durchzuführen. Um ihnen hierbei Hilfe zu leisten, soweit dies mit den verfügbaren Mitteln vereinbar ist, hat sich der Reichsfinanzminister gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister entschlossen, für Arbeitslose, die am 3. November 1930, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der letzten Neuverteilung der Krisenfürsorge, bereits in dieser Fürsorge standen, die früheren längeren Fürsorgefristen von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 weiter gelten zu lassen. Inwieweit dies also die Ablauffristen, die für den 17. oder 24. Januar 1931 vorgesehen waren, mit der Wirkung verschoben worden, daß dadurch den Gemeinden ein Teil der ihnen sonst jetzt schon zufließenden Fürsorgefristen noch abgenommen bleibt.

Eine Erklärung des Republikanischen Richterbundes.

Berlin, 10. Januar. Der Republikanische Richterbund veröffentlicht folgende Erklärung: Am 22. Dezember 1930 hat Landesgerichtsdirektor Dr. Pau in Glogau bei Bestätigung des Freispruchs von einer Anklage aus dem Republikanischen Justizgesetz die Revolution von 1918 als Revue und Hochverrat, der die Truppen wehrlos gemacht habe, bezeichnet. Er hat die darin liegende Beschimpfung der Republik als Urteil im Namen des Volkes verhängt.

Dieser erklärt der Vorstand des Republikanischen Richterbundes: 1. Dieser Vorgang bedarf der schärfsten und sofortigen Zurückweisung nicht nur durch die Presse, sondern auch die republikanische Richterorganisation. Die verhängte Urteilsbestimmung enthält eine in dieser Beziehung bisher kaum erreichte historische Herausforderung der Republik. 2. Es erscheint nicht erträglich, daß die Besetzung des Reichsgerichts durch die Richter in der Strafkammer vom Verfall des Reichspräsidenten im Wege der alljährlichen Geschäftsverteilung allein abhängt; es wäre vielmehr dringend erzwangenswert, daß eine gesep-

liche Richtereinstellung des Parlaments bei der Reichsjustizverwaltung geschaffen wird. 3. Von neuem muß angestrift werden, daß die Vereinigung aller Urteile die Forderung erhob werden: Der Nachwuchs der Juristen ist staatspolitisch besser auszubilden. Ihm sind die grundlegenden geschichtlichen Tatsachen für die Ansicht zu vermitteln, daß die deutsche Umwälzung von 1918 wie jede geschichtliche Bewegung dieser Art die Folgeerscheinung von tiefgreifenden staatspolitischen Fehlern der früheren Mächthaber gewesen ist.

Der Antrag ist unterzeichnet u. a. von Reichsgerichtsrat Dr. Großmann, 1. Staatsanwalt Dr. Hoegner, Senatspräsident des Kammergerichts i. R. Freymuth, Oberverwaltungsgerichtsrat Kroner, Ministerialdirektent Steinbrücker.

Verbot der „Sächsischen Arbeiterzeitung“.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ ist auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutz der Republik vom württembergischen Innenministerium mit sofortiger Wirkung bis zum 24. Januar 1931 verboten worden.

Kommunistische Versammlung in Augsburg verboten.

Die von den Roten Betriebsräten und dem Bezirkskomitee der Revolutionären Gewerkschaften für den 10. Januar geplante Massenversammlung wurde von der Polizeidirektion Augsburg verboten. Wegen Landesverrat verurteilt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte der Erste Strafsenat des Reichs-Oberlandesgerichts gegen den 29 Jahre alten Schuhmacher Max Sajih aus Schillerdorf, einen tschechopolnischen Staatsangehörigen, und gegen dessen Schwager, den 37 Jahre alten polnischen Staatsangehörigen Maschinist Josef Scholtys aus dem Hülshörner Bändchen, gegen Sajih wegen verachteten Landesverrats im Sinne der §§ 1 und 2, gegen Scholtys im Sinne des § 6 des Spionagegesetzes. Der Strafsenat verurteilte Sajih wegen verachteten Landesverrats gegen das Reichswehrgesetz zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren, sechs Monaten und einer Woche Zuchthaus, Scholtys wurde freigesprochen.

Deutscher Protest in Warschau wegen der Grenzüberfliegungen.

Berlin, 12. Januar. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau ist angewiesen worden, schärfsten Protest gegen die neuen Grenzüberfliegungen durch polnische Flieger einzulegen. Wie wir aus Regierungskreisen erfahren, ist beabsichtigt, nach Abschluß der Untersuchung weitere Schritte zu unternehmen. Die Überfliegung der deutschen Östgrenze durch polnische Flieger muß unjournale bestimmt und merkwürdig erscheinen, als an den Grenzen der übrigen Nachbarstaaten Deutschlands auch nicht im entferntesten ähnliche „Verlegungen“ vorgenommen sind.

Anerkennung der neuen Regierung von Guatemala durch Deutschland.

Berlin, 12. Januar. Nachdem auf Grund des Ratsbeschlusses des Präsidialkongresses die bestehende Verfassung in Guatemala Dr. José Maria Reyna Andrade zum neuen Präsidenten gewählt hat, hat die deutsche Regierung die neuorganisierte Regierung durch ihren Gesandten v. Ruhlmann anerkannt.

Ein Zwischenlösungsprojekt zur Abrüstungsfrage.

London, 12. Januar. Der Genfer Korrespondent des „Daily Herald“ meldet: Man spricht hier davon, daß eine Gruppe kleiner Mächte unter Umständen einen Vorschlag zugunsten eines europäischen „Gentlemen Agreement“ vorbringen wird, das eine Stabilisierung der Rüstungen bis nach Beendigung der großen Abrüstungskonferenz herbeiführen soll. Dem Gedanken wird hier große Beachtung geschenkt, bedauert man doch, daß viele Staaten in der Zeit bis zum Zusammentritt der großen Konvention ihre Rüstungen in aller Eile wesentlich steigern werden, um bei den Verhandlungen wichtigere Landhoheitsrechte zu gewinnen.

Französische Finanzaktion im polnischen Korridor.

Warschau, 12. Januar. Nach einer Mitteilung der tschechischen Agentur Prax soll der Abschluß einer französischen Anleihe mit der Firma Schneider-Creuzot & Co. im Betrage von einer Milliarde französischer Francs (ungefähr 165 Millionen M.) zur Vollenbung der sogenannten Kohlen-Magistrale von Oberschlesien nach dem polnischen Hafen Gdingen bevorstehen. Der Bau der Bahn, die zweigleisig sein wird, soll im Dezember 1932 vollendet werden. Die Bahn soll an die französische Gesellschaft auf 55 Jahre verpachtet werden.

Die Beschwerde des Deutschen Volksbundes an den Völkerrundrat.

Kattowitz, 12. Januar. Ein vom Deutschen Volksbund an den Völkerrundrat gerichtete Beschwerde weist über hundert Terrorkasellen gegen die deutsche Minderheit auf, die besonders in den Monaten Oktober und November verhaftet worden sind und die durch ausführliche Protokolle, die allein fünfzig Quantitäten umfassen, belegt werden. Nachdem der Vertreter der deutschen Minderheit beim Volmorden vergeblich wegen des Schutzes der deutschen Minderheitsangehörigen vorstellig geworden waren, wenden sie sich am 1. November telegraphisch an den Innenminister, und als dieser Schritt ebenfalls erfolglos blieb, an den Präsidenten der Gemeinsamen Kommission für Oberschlesien, Calonder. In einem besonderen Abschnitt der Beschwerde heißt es: „In dem Besonderen Abschnitt der Beschwerde wird der Wahlverlust und die Wahl, gegen die in allen drei sächsischen Wahlkreisen von der deutschen Volksgemeinschaft Einspruch erhoben wurde, behandelt. Das Ergebnis der Untersuchung ist dem Völkerrundrat vorgelegt, die Regierung zur Stellungnahme überreicht, die daraufhin die Zustimmung gegeben hat, daß die sächsischen Beamten disziplinarisch bestraft und gegen die Täter ein Strafverfahren eingeleitet werden wird. Da sich die Regierung nicht entschließen konnte, die Bestrafung der Genfer Konvention anzuerkennen, hat sich der Deutsche Volksbund veranlaßt gesehen, eine Beschwerde an den Völkerrundrat mit dem Ersuchen zu richten, festzusetzen, daß die Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention verletzt worden sind, und ferner zu beschließen, daß die polnische Regierung geeignete Maßnahmen treffen möge, um der deutschen Bevölkerung zu zeigen, daß die Wiederholung derartiger Verbrechen ausgeschlossen ist. Ebenso soll geprüft werden, ob die deutschen Beamten eingetragene Sonderstellung weiter aufrechterhalten werden kann.“

Die sie an Ort und Stelle vorgenommen hat, in Form eines Berichtes der Regierung von Liberia vorgelegt hat. Diese hat ihrerseits den Bericht dem Völkerrundrat zugeleitet, dem er auf seiner bevorstehenden Sitzung vorlegen wird. Das Ergebnis ist schwer bezaubert für die liberische Regierung. Der Bericht enthält u. a. folgende Befestigungen: Es gibt in Liberia nur eine Sklaverei in der „klassischen“ Form der Sklaverei, aber die Hausknechtschaft und die Verpfändung von Menschenleben als Arbeitskraft (miss en gage) ist in Liberia nach wie vor weit verbreitet. Der Kommission sind zahlreiche Beweise über die grausame und unethische Anwendung dieses Systems zugegangen. Das System der Zwangsarbeit wird bei öffentlichen Arbeiten und für Privatwerke angewendet, wobei die Arbeiter schlechter Behandlung durch das Aufsichtspersonal ausgesetzt sind und ein Entgelt für die Arbeit nicht geleistet wird. Es werden Zwangsrekrutierungen von Arbeitern für die spanische Insel Fernando Po vorgenommen, und zwar unter Formen, die sich in ihrer Grausamkeit von Sklaverei wenig unterscheiden. Diese Zwangsrekrutierungen sind unter Beteiligung führender Regierungsmitglieder, insbesondere des Vizepräsidenten Yanah, die sich persönliche Vorteile dabei verschafft haben, erfolgt.

Verhandlungen in der türkischen Innenpolitik.

London, 12. Januar. Der Korrespondent der „Times“ in Angora meldet: Seit der Rückkehr Mustafa Kemals von seiner Reise durch die Provinzen sind mehrere wichtige Veränderungen in den innerpolitischen Angelegenheiten eingetreten. Die erste besteht darin, daß Mustafa Kemal, der seit zwei oder drei Jahren in die innerpolitischen Angelegenheiten nicht mehr eingegriffen hat, jetzt wieder beabsichtigt, eine aktive Rolle bei der Leitung der Volkspartei, deren nomineller Führer er ist, zu spielen. Die zweite Veränderung ist, daß in Zukunft die Volkspartei und nicht mehr das Kabinett die Türkei regieren werde.

Die Sklaverei in Liberia.

Genf, 12. Januar. Der Bericht des internationalen Untersuchungsausschusses über die Sklaverei in der Republik Liberia ist am Sonntag gleichzeitig in Genf und in Washington veröffentlicht worden. Dem Ausschuss gehörte ein Engländer als Vertreter der Völkerrunde, ein Amerikaner und ein Vertreter der Regierung von Liberia an. Es ist ein ständiger Band von 127 englischsprachigen Foliosseiten, den diese Kommission als Ergebnis ihrer Untersuchung, die

als unrichtige Befragung auf der deutschen Wirtschaft laße, aufgebracht werden müsse. Die Arbeitslosenfrage sei, soweit sie nicht weltwirtschaftlich bedingt sei, eine Weltkrisenfrage. Zu fordern sei eine Entlastung der öffentlichen Lasten einschließlich der Soziallasten, namentlich auch der Tributen, der Löhne und Gehälter und schließlich auch der Zinsen. Der Landwirtschaft, deren Rentabilität unter allen Umständen wiederhergestellt werden müsse, sei durch eine geeignete Sozialpolitik und gegebenenfalls durch eine geordnete Subventionenpolitik zu helfen.

Aber „Die Agrarkrise als deutsches Wirtschaftspröblem“ sprach sodann das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Landwirtschaftsvereins, Regierungsratspräsident a. D. Dr. Kutscher-Berlin. Raubbau im Krieg, veränderte Wirtschaftslagen in den Nachkriegsjahren, Verschärfung aller öffentlichen Ausgaben, unzureichender Sozialpolitik und untragbare finanzielle sowie die Tributlastungen, die auf die Produktion abgewälzt worden seien, hätten die Landwirtschaft in eine Krise gebracht, die heute die ernsthafte Bedrohung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Seite erfordere. Werde dem deutschen Osten, der heute kaum ohne Vorkriegsleistungen zu bestehen vermöge, die Agrarkrise nicht beschleunigt gelöst, so müsse sich die Agrarkrise vom Osten ausgehend, zur Katastrophe für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben gestalten. Einen Ausweg aus der Agrarkrise sieht der Redner nur in einer gleichzeitigen Steigerung der Einnahmen und Senkung der Ausgaben. Voraussetzung für beides sei Ordnung im Staat und im Staatshaushalt. Bei der Bekämpfung der Preissteige sei Inanspruchnahme der staatlichen Wirtschaftsmittel als Grundlage der notwendigen Wirtschaftspolitik zu betrachten.

Der Feldzug der Kantingregierung gegen die „Roten“.

London, 12. Januar. „Times“ melden aus Hankau: Der Feldzug gegen die Roten scheint weniger erfolgreich zu sein, als erwartet wurde. Die Lage in Hankau ist unbefriedigend, da unter den Truppen wegen Nichtauszahlung der Besoldung Unruhe herrscht. Es wird gemeldet, daß Truppen, die den Jangtse entlang Stromabwärts geschickt wurden, um die Roten anzugreifen, Städte geplündert und die Einwohner mißhandelt hätten. Etwa 80 Kilometer südlich von Hankau ist eine

Siebenter Mitteldeutscher Wirtschaftstag.

Der Siebente Mitteldeutsche Wirtschaftstag des Wirtschaftsverbands Mitteldeutschland wurde am Sonntagabend mit einer geschlossenen Mitgliederversammlung fortgesetzt. An diese schloß sich eine allgemeine Versammlung, der neben zahlreichen Mitgliedern des Verbandes Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden, u. a. für Sachsen Oberpräsident Dr. Fehd, für Thüringen Staatsminister Dr. Kühner, für Sachsen Kreisoberhauptmann Dr. Rarusch beizuohnten.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes, Herr v. Wilmowski-Bartenstein gab in seiner Begrüßungsansprache einen Überblick über die Arbeit des Verbandes zur Förderung seiner beiden Hauptziele: Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Mitteldeutschlands und Ausgleich etwaiger Gegensätze zwischen den einzelnen Wirtschaftskreisen. Alle grundsätzlichen Forderungen, die vom Wirtschaftsverband seit Jahren erhoben werden, seien trotz anfänglichen Widerstand jetzt Gemeingut der Gesamtwirtschaft. Im Kampf gegen die Eingriffe in das Privatigentum und die Tätigheit der öffentlichen Hand seien gewisse Erfolge erzielt. Über die Notwendigkeit eines Abbaus der Steuern und einer Reform der Sozialversicherung sei sich die gesamte Wirtschaft einig, ebenso in der Forderung einer umfassenden Verwaltungs-, Verfassungs- und Finanzreform.

Die „Arbeitslosenfrage“ behandelte sodann in einem längeren ausgedehnten Referat Generaldirektor Dr. Dietrichson-Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrats. Die angesichts der Arbeitslosigkeit in allen führenden Industriezweigen, so hätte er auch, bedeute nicht eine Krise des kapitalistischen Systems an sich, sondern sei eine Krise innerhalb dieses Systems. Ihre Ursachen lägen in der beispiellosen Ausdehnung des Produktionsapparats während des Weltkrieges, der nach dem Krieg auf Friedensbedarf umgestellt und womöglich noch vergrößert worden sei. Ihm gegenüber stehe eine außerordentlich verminderte Kaufkraft sowie der Ausfall des russischen und des asiatischen Marktes mit etwa 900 Millionen Reichsmark. Verschärft werde diese Lage noch durch die Autarkiebestrebungen der alten und neu geschaffenen Länder sowie durch die Agrar- und Rohstoffpreise, ferner durch die russische Knappheit, den Sturz des Silberpreises, der Zusammenbruch der amerikanischen Prosperität und die Verlagerung des Goldbestandes des Vorkriegszeit nach Frankreich und Amerika. Trost dem sei es der deutschen Wirtschaft gelungen, von den 7 Millionen Reichsmark, die gegenüber der Vorkriegszeit durch den veränderten Warenexport der Bevölkerung, die verstärkte Finanzarbeit, den Wegfall der Reichsprämie und die zahlreichen Rückwanderer neu dem Arbeitsmarkt zugeführt wurden, 2 bis 3 Millionen zu beschaffen und auf einem höheren Lebensstandard zu halten als vor dem Krieg, was ohne Zweifel für das kapitalistische Wirtschaftssystem spreche.

Der Vortragende beschäftigte sich sodann mit der Krise der Landwirtschaft, die jetzt mit einem jährlichen Verlust von 1,5 Milliarden M. arbeitet, um mit den Fehlern der staatlichen Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik, als deren Folge die Kapitalverwertung der deutschen Wirtschaft nur zu etwa zwei Dritteln des Bedarfs an eigener Kraft möglich sei, während der Rest durch zumeist kurzfristige Veräußerung, die

als unrichtige Befragung auf der deutschen Wirtschaft laße, aufgebracht werden müsse. Die Arbeitslosenfrage sei, soweit sie nicht weltwirtschaftlich bedingt sei, eine Weltkrisenfrage. Zu fordern sei eine Entlastung der öffentlichen Lasten einschließlich der Soziallasten, namentlich auch der Tributen, der Löhne und Gehälter und schließlich auch der Zinsen. Der Landwirtschaft, deren Rentabilität unter allen Umständen wiederhergestellt werden müsse, sei durch eine geeignete Sozialpolitik und gegebenenfalls durch eine geordnete Subventionenpolitik zu helfen.

Das Schlußwort hatte der Landesoberhauptmann der Provinz Sachsen Dr. Häbener übernommen. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß für die Wirtschaftslage der Gegenwart die stärkere Betonung gemeinschaftlicher Gedanken im letzten Jahrzehnt an sich verantwortlich zu machen sei. Mit besonderem Nachdruck betonte der Redner die Notwendigkeit der Ökonomie, (auch bestreite für Mitteldeutschland die Gefahr, in wenigen Generationen wieder wie vor tausend Jahren zur Ökonomie zu werden. Nur Millionen deutscher Bauern könnten das Chind gegenüber dem Wachstum vorreicher und bedürftiger Nachbarn beharren. Die Voraussetzung der Erwerbslosigkeit und der Not des kassen Landes Herr zu werden, sei eine grundsätzliche Reform des Reiches an Haupt und Gliedern.

Seine Forderungen sahte der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland in einer einstimmig angenommenen Entschließung zusammen, welche die Revision des untragbaren nach politischen Gesichtspunkten aufgestellten Finanzplans, äußerer Sparmaßnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden, weiteren Abbau der Löhne und Preise, um das Preisniveau Deutschlands dem des Weltmarktes anzugleichen und die innere Kaufkraft zu erhöhen, sowie die Untersuchung aller sozialistischen Experimente forderte.

Ämthlicher Teil.

Gemäß § 100 u. Absatz 2 der Gewerbeordnung wird verfügt, daß diejenigen Gewerbetreibenden, welche in den Gemeinden **Verde** und **Walgau** das **Wäldcher-Handwerk** selbständig ausüben, zwecks Zuweisung zur **Wäldcher-Zwangsvollstreckung** vom 31. Januar 1931 aus der Vereinigten **Täthler-, Glaser- und Stellmacher-Zwangsvollstreckung** auszuscheiden haben. GJ 215 m 57

Kreisbahnhauptmannschaft Leipzig, am 9. Januar 1931.

Am 9. Januar 1931 ist bei der am 2. Dezember 1930 verfallenen **Versteigerung** der **Grundstücke** in **Verde** und **Walgau** die **Wäldcher-Handwerk** selbständig ausübenden, zwecks Zuweisung zur **Wäldcher-Zwangsvollstreckung** vom 31. Januar 1931 aus der Vereinigten **Täthler-, Glaser- und Stellmacher-Zwangsvollstreckung** auszuscheiden haben. GJ 215 m 57

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft Reichsbahndirektion Dresden.

Über den **Nachlass** des in **Oberpanschwitz** verstorbenen Kaufmanns **Willy Weigel**, Alleininhabers der Firma **Willy Weigel, Schützen- und Wäldchensabrik in Oberpanschwitz**, wird heute, am 8. Januar 1931, nachmittags 3 Uhr das **Konturverfahren** eröffnet.

Der Rechtsanwalt **Dr. Becker** in **Kue** wird zum **Konturverwalter** ernannt. **Konturforderungen** sind bis zum 26. Januar 1931 bei dem **Gericht** anzumelden. Es wird zur **Beschluffung** über die **Beibehaltung** des **Verwalters** oder die **Wahl** eines **anderen** **Verwalters** sowie über die **Bestellung** eines **Gläubigerausschusses** und **eintrittensfalls** über die im § 132 der **Konturordnung** bezeichneten **Gegenstände** und zur **Prüfung** der **angemeldeten Forderungen** am 9. Januar 1931, vormittags 10 Uhr vor dem **unterzeichneten** **Gericht** **eröffnen**.

Wer eine **zur Konturmasse** gehörige **Sache** in **Verfügung** hat oder **zur Konturmasse** etwas **Schuldig** ist, darf **nicht** an den **Gemeinschaftlichen** **Verwalter** oder **Verwalter**, **sondern** nur an den **Verwalter**, **für** die **er** aus der **Sache** **abgesonderte** **Befriedigung** beanprucht, dem **Konturverwalter** bis zum 20. Januar 1931 anzeigen.

Amtsgericht Leipzig, 8. Januar 1931.

Das **Konturverfahren** über das **Vermögen** des **Handelmanns** **Gustav Robert Sippach**, alleinhaltiger **Inhaber** der **Firma Gustav Sippach in Plauen**, ist nach **Abschaltung** des **Schlusstermins** **ausgehoben** worden. K 65/30 6052

Amtsgericht Plauen, 9. Jan. 1931.

Über das **Vermögen** des **Kolonialwarenhandlers** **Emil Kurt Richter** in **Plauen**, **Textilstr. 16**, alleinhaltiger **Inhaber** der **Handelsgesellschaft** **eingetragenen** **Firma Kurt Richter** in **Plauen**, **Altmarkt 14**, ist heute, am 10. Januar 1931, vormittags 11 Uhr das **Konturverfahren** eröffnet worden. **Konturverwalter**: **Herr Rechtsanwalt** **Dr. Trauer**, hier. **Amtsdirektion** bis zum 12. Januar 1931, **Wahltermin** am 12. Februar 1931, vormittags 11 Uhr. **Prüfungstermin** am 26. Februar 1931, vormittags 11 Uhr. **Offener Arrest** mit **Anzeigegebühr** bis zum 12. Februar 1931. K 6/31 6053

Amtsgericht Plauen, 10. Januar 1931.

Das **Konturverfahren** über das **Vermögen** der **offenen Handelsgesellschaft** **Firma G. W. Richter, Kunz- und Schnittwarenhandlung in Stena**, wird nach **Abschaltung** des **Schlusstermins** **hierdurch** **ausgehoben**. K 94/26 6054

Amtsgericht Zwidau, 9. Januar 1931.

Das **gerichtliche Vergleichsverfahren** das zur **Ablösung** des **Konturverfahrens** über das **Vermögen** des **Kolonialwarenhandlers** **Friedrich Otto Müller** in **Gröbzig**, **Markt 217**, **eröffnet** worden ist, ist zugleich mit der **Bestellung** des **im Vergleichstermin** vom 8. Januar 1931 **angewiesenen Vergleichs** durch **Verfügung** vom 9. Januar 1931 **ausgehoben** worden.

Amtsgericht Gröbzig, 9. Januar 1931.

Zur **Ablösung** des **Konturverfahrens** über das **Vermögen** des **Kolonialwarenhandlers** **Paul Müller** in **Zwota-Jehndach**, **Str. 88 B**, wird heute, am 8. Januar 1931, nachmittags 1/2 Uhr, das **gerichtliche Vergleichsverfahren** **eröffnet**. Der **Vertrag** **W. R. Müller** in **Klingenthal** wird als **Vertragsperson** **bestellt**. **Termin** zur **Beschluffung** über den **Vergleichsvorschlag** wird auf **Montag, den 4. Februar 1931, nachmittags 3 Uhr** vor dem **Amtsgerichte** **Klingenthal** **bestimmt**. Die **Unterlagen** liegen auf der **Geschäftsstelle** zur **Einsicht** der **Beteiligten** aus. **VV 7/30 6056**

Amtsgericht Klingenthal, 8. Jan. 1931.

Am 17. Januar 1931, vormittags 9 Uhr, soll an der **Gerichtsstelle** das **Grundstück** für **Aue** **Blatt 101** auf den **Namen** des **Erbschaftsbesizers** **Franz Oskar Wendler** in **Aue** **eingetragen**, in **Aue**, **Wettinerstraße 21** **gelegene** **Grundstück** (**Wohnhaus, Hintergebäude**) **versteigert** werden. (Auf die **vorüber erfolgte Bekanntmachung** vom 28. November 1930 wird **Bezug** genommen. **Za 15/30 6057**

Amtsgericht Aue, 10. Januar 1931.

Folgende im **Grundbuche** für **Oppendorf** auf den **Namen** des **Landwirts** **Max Emil Trint** in **Oppendorf** **eingetragene** **Grundstücke** sollen **Montag, den 16. Februar 1931, vormittags 10 Uhr** an der **Gerichtsstelle** im **Wege** der **Zwangsvollstreckung** **versteigert** werden: 1. **Blatt 80**, nach dem **Flurbuche** **26,5 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** ohne das mit **2793 RM** bemessene **Inventar** auf **5200 RM** **geschätzt**. Die **Brandversicherungssumme** beträgt **5000 RM**; sie entspricht dem **Friedensbaupreis** vom **Jahre 1914** (§ 1 des **Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72**). 2. **Blatt 550**, nach dem **Flurbuche** **1 Hektar 900 qm** groß und nach dem **Verkehrswert** auf **900 RM** **geschätzt**.

Blatt 80 besteht aus **Wohnhaus** mit **eingebautem** **Stall**, **Schneise** mit **angebautem** **Fleischhaken** und **Garten**, **Blatt 550** aus **Feld** und **Wiese**. Die **Einsicht** der **Mitteilungen** des **Grundbuchamts** und der **abgegebenen** **Schätzungen**, ist **jedem** **gestattet** (**Zimmer 5**).

Rechte auf **Befriedigung** aus den **Grundstücken** sind, **soweit** sie zur **Zeit** der **Eintragung** des **am 19. August 1930** **verlautbarten** **Versteigerungsvermerks** aus dem **Grundbuche** nicht **erlässlich** waren, **spätestens** im **Versteigerungstermine** vor der **Aufforderung** zur **Abgabe** von **Geboten** anzumelden und, wenn der **Gläubiger** **widerspricht**, **glaubhaft** zu **machen**. Die **Rechte** sind **sonst** bei der **Bestellung** des **geringsten** **Gebots** nicht zu **berücksichtigen** und bei der **Verteilung** des **Versteigerungserlöses** dem **Anspruche** des **Gläubigers** und den **übrigen** **Rechten** **nachzugeben**.

Wer ein der **Versteigerung** **entgegenstehendes** **Recht** hat, **muß** vor der **Verteilung** des **Zuschlags** die **Aufhebung** oder die **einstweilige** **Einstellung** des **Verfahrens** **herbeiführen**, **widrigenfalls** für das **Recht** der **Versteigerung** **gegenstehendes** **Recht** an die **Stelle** des **versteigerten** **Gegenstandes** tritt. **Za 18/30 6063**

Amtsgericht Augustsburg, 10. Januar 1931.

Das im **Grundbuche** für **Chemnitz**, **Blatt 2209** auf den **Namen** des in **Konstanz** **befindlichen** **Kaufmanns** **Oskar Ebig** in **Chemnitz** (**Konstanz**) **eingetragene** **Grundstück** soll **Montag, den 18. März 1931, vormittags 1/2 Uhr**, an der **Gerichtsstelle**, **Hohle** **Strasse 23** (**Reuban**), **2. Obergesch.**, **Saal 281**, im **Wege** der **Zwangsvollstreckung** **versteigert** werden. Das **Grundstück** ist nach dem **Flurbuche** **1,7 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** auf **16900 RM** **geschätzt**. Die **Brandversicherungssumme** beträgt **24 600 RM**; sie entspricht dem **Friedensbaupreis** vom **Jahre 1914** (§ 1 des **Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72**). **Bebaut** ist das **Grundstück** mit einem **viereckigen** **Verdunstungsgebäude** und einem **Waldgebäude**. **Postamt** ist **vorhanden**. Der **jährliche** **Friedensmieteertrag** ist mit **ca. 1800 RM** **anzuschätzen**.

Die **Einsicht** der **Mitteilungen** des **Grundbuchamts** und der **abgegebenen** **Schätzungen**, ist **jedem** **gestattet** (**Zimmer 418**, **Reuban**, **4. Obergesch.**). Rechte auf **Befriedigung** aus dem **Grundstücke** sind, **soweit** sie zur **Zeit** der **Eintragung** des **am 20. September 1930** **verlautbarten** **Versteigerungsvermerks** aus dem **Grundbuche** nicht **erlässlich** waren, **spätestens** im **Versteigerungstermine** vor der **Aufforderung** zur **Abgabe** von **Geboten** anzumelden und, wenn der **Gläubiger** **widerspricht**, **glaubhaft** zu **machen**. Die **Rechte** sind **sonst** bei der **Bestellung** des **geringsten** **Gebots** nicht zu **berücksichtigen** und bei der **Verteilung** des **Versteigerungserlöses** dem **Anspruche** des **Gläubigers** und den **übrigen** **Rechten** **nachzugeben**; das gilt insbesondere von **Aufwertungsansprüchen**.

Wer ein der **Versteigerung** **entgegenstehendes** **Recht** hat, **muß** vor der **Verteilung** des **Zuschlags** die **Aufhebung** oder die **einstweilige** **Einstellung** des **Verfahrens** **herbeiführen**, **widrigenfalls** für das **Recht** der **Versteigerung** **gegenstehendes** **Recht** an die **Stelle** des **versteigerten** **Gegenstandes** tritt. **Za 135/30 6042**

Amtsgericht Chemnitz, Abt. A 19, 7. Januar 1931.

Das im **Grundbuche** für **Landesgr. Blatt 83** auf den **Namen** **Karl Benz** **eingetragene** **Grundstück** soll am **Montag, den 25. Februar 1931, vorm. 11 Uhr** an der **Gerichtsstelle** **Lothringers** **Strasse 1, L, Saal 69**, im **Wege** der **Zwangsvollstreckung** **versteigert** werden.

Das **Grundstück** ist nach dem **Verkehrswert** auf **35,4 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** auf **95 000 RM** **geschätzt**. Die **Brandversicherungssumme** beträgt **135 900 RM**; sie entspricht dem **Friedensbaupreis** vom **Jahre 1914** (§ 1 des **Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72**). Das **Grundstück** besteht aus einem **Waldhofgebäude** mit **5** **Anbauten**, einem **Seitengebäude** mit **Anbau**, einem **Stallgebäude**, **Wagenschuppen** mit **Anbau**, **Schweinehof**, **Geräteschuppen**, einer **Müllterasse**, einem **Fleischhaken** mit **Schuppen**, sowie einem **Regeleinbau**. Es liegt in **Dresden-Landesgr.**, **Herzstraße** **Nr. 22**.

Die **Einsicht** der **Mitteilungen** des **Grundbuchamts** und der **abgegebenen** **Schätzungen**, ist **jedem** **gestattet** (**Zimmer 120**). Rechte auf **Befriedigung** aus dem **Grundstücke** sind, **soweit** sie zur **Zeit** der **Eintragung** des **am 8. Dezember 1930** **verlautbarten** **Versteigerungsvermerks** aus dem **Grundbuche** nicht **erlässlich** waren, **spätestens** im **Versteigerungstermine** vor der **Aufforderung** zur **Abgabe** von **Geboten** anzumelden und, wenn der **Gläubiger** **widerspricht**, **glaubhaft** zu **machen**. Die **Rechte** sind **sonst** bei der **Bestellung** des **geringsten** **Gebots** nicht zu **berücksichtigen** und bei der **Verteilung** des **Versteigerungserlöses** dem **Anspruche** des **Gläubigers** und den **übrigen** **Rechten** **nachzugeben**.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 8. Januar 1931.

Das im **Grundbuche** für **Waldorf** **Blatt 117** auf den **Namen** des **Fleischers** **Max Gustav Albert** in **Waldorf** **eingetragene** **Grundstück** soll am **Montag, den 4. März 1931, nachmittags 2.30 Uhr** an der **Gerichtsstelle** im **Wege** der **Zwangsvollstreckung** **versteigert** werden.

Das **Grundstück** ist nach dem **Flurbuche** **17,6 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** auf **15 413 RM** **geschätzt**. Die **Brandversicherungssumme** beträgt **11 300 RM**; sie entspricht dem **Friedensbaupreis** vom **Jahre 1914** (§ 1 des **Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72**). Das **Grundstück**, in welchem eine **Fleischerei** **betrieben** wird, liegt an der **Langen** **Wasse** und **fährt** die **Nr. 138** der **Ortsliste**. Es ist mit einem **Wohnhaus** mit **Schlachthausanbau** sowie mit einem **Wagenschuppen** und **Stallanbau** **bebaut**. Die **Einsicht** der **Mitteilungen** des **Grundbuchamts** und der **abgegebenen** **Schätzungen**, ist **jedem** **gestattet** (**Zimmer 6**).

Rechte auf **Befriedigung** aus dem **Grundstücke** sind, **soweit** sie zur **Zeit** der **Eintragung** des **am 27. November 1930** **verlautbarten** **Versteigerungsvermerks** aus dem **Grundbuche** nicht **erlässlich** waren, **spätestens** im **Versteigerungstermine** vor der **Aufforderung** zur **Abgabe** von **Geboten** anzumelden und, wenn der **Gläubiger** **widerspricht**, **glaubhaft** zu **machen**. Die **Rechte** sind **sonst** bei der **Bestellung** des **geringsten** **Gebots** nicht zu **berücksichtigen** und bei der **Verteilung** des **Versteigerungserlöses** dem **Anspruche** des **Gläubigers** und den **übrigen** **Rechten** **nachzugeben**.

Wer ein der **Versteigerung** **entgegenstehendes** **Recht** hat, **muß** vor der **Verteilung** des **Zuschlags** die **Aufhebung** oder die **einstweilige** **Einstellung** des **Verfahrens** **herbeiführen**, **widrigenfalls** für das **Recht** der **Versteigerung** **gegenstehendes** **Recht** an die **Stelle** des **versteigerten** **Gegenstandes** tritt. **Za 48/30 6059**

Amtsgericht Ebersbach, 7. Jan. 1931.

Das **jezt** dem **Landwirt** **Ernst Karl Köfel** in **Raubitz** **gehörige**, im **Grundbuche** für **Raubitz** **Nr. 171** auf den **Namen** seines **verstorbenen** **Vaters** **Georg Theodor Köfel** noch **eingetragene** **Grundstück** soll am **Montag, den 9. März 1931, vormittags 9 Uhr** an der **Gerichtsstelle** im **Wege** der **Zwangsvollstreckung** **versteigert** werden.

Das **Grundstück** ist nach dem **Flurbuche** **94 Hektar 3,6 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** auf **157 500 RM** **geschätzt**. Die **Brandversicherungssumme** beträgt **114 200 RM**; sie entspricht dem **Friedensbaupreis** vom **Jahre 1914** (§ 1 des **Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72**). Es ist das **Rittergut** **Ortl. Nr. 74** in **Raubitz**. Im **Verkehrswert** ist das **lebende** **Inventar** mit **9785 RM** und das **totale** mit **10 000 RM** **mit** **enthalten**.

Die **Einsicht** der **Mitteilungen** des **Grundbuchamts** und der **abgegebenen** **Schätzungen**, ist **jedem** **gestattet** (**Zimmer 199**). Rechte auf **Befriedigung** aus dem **Grundstücke** sind, **soweit** sie zur **Zeit** der **Eintragung** des **am 25. November 1930** **verlautbarten** **Versteigerungsvermerks** aus dem **Grundbuche** nicht **erlässlich** waren, **spätestens** im **Versteigerungstermine** vor der **Aufforderung** zur **Abgabe** von **Geboten** anzumelden und, wenn der **Gläubiger** **widerspricht**, **glaubhaft** zu **machen**. Die **Rechte** sind **sonst** bei der **Bestellung** des **geringsten** **Gebots** nicht zu **berücksichtigen** und bei der **Verteilung** des **Versteigerungserlöses** dem **Anspruche** des **Gläubigers** und den **übrigen** **Rechten** **nachzugeben**.

Wer ein der **Versteigerung** **entgegenstehendes** **Recht** hat, **muß** vor der **Verteilung** des **Zuschlags** die **Aufhebung** oder die **einstweilige** **Einstellung** des **Verfahrens** **herbeiführen**, **widrigenfalls** für das **Recht** der **Versteigerung** **gegenstehendes** **Recht** an die **Stelle** des **versteigerten** **Gegenstandes** tritt. **Za 41/30 6044**

Amtsgericht Freiberg, 9. Jan. 1931.

Folgende im **Grundbuche** für **Leibschütz** auf den **Namen** des **verstorbenen** **Mühlensbesizers** **Friedrich Hermann Hofseld** **eingetragene** **Grundstücke** sollen **Montag, den 21. März 1931, vormittags 11 Uhr** an der **Gerichtsstelle** im **Wege** der **Zwangsvollstreckung** **versteigert** werden:

1. **Blatt 228**, nach dem **Flurbuche** **2 Hektar 10,4 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** einschließlich **Fuhrlohn** auf **28 300 RM** **geschätzt**. Die **Brandversicherungssumme** beträgt **18 400 RM**; sie entspricht dem **Friedensbaupreis** vom **Jahre 1914** (§ 1 des **Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72**). Das **Grundstück** besteht aus den **Flurstücken** **249, 252, 1663 1664, 1665, 1666** und **1290**. Auf den **Flurstücken** **249** und **252** befinden sich ein **Wohn-** und **Waldhofsgebäude** mit **Bäder** und **3** **Anbauten**, ein **Stallgebäude** mit **Futterboden**, eine **Scheune** mit **Anbau** und ein **Wagenschuppen** mit **Anbau**. Die **Flurstücke** **1663, 1664, 1665** und **1666** sind **Waldgruben**. Das 1. **Hektar** **43,3 Ar** große **Flurstück** **1290** besteht aus **Feld** und **liegt** **getrennt** von dem **bauten** **Flurstücken** **nach Reusendorf** zu.

2. **Blatt 756**, nach dem **Flurbuche** **3,5 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** auf **300 RM** **geschätzt**. Das **Grundstück** besteht aus dem **Gartenflurstück** **248** und **grenzt** **unmittelbar** an das **Mühlengrundstück**. 3. **Blatt 1149**, nach dem **Flurbuche** **1 Hektar 1,0 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** auf **1400 RM** **geschätzt**. Das **Grundstück** besteht aus dem **Feld** und **Waldenflurstück** **1286** und **liegt** **getrennt** von dem **Mühlengrundstücke** **nach Reusendorf** zu. **Sämtliche** **Grundstücke** **stehen** in einem **wirtschaftlichen** **Zusammenhange**. Sie dienen dem **Mühlmühlens-** und **Bäderbetriebe** und der **Landwirtschaft**; **zuletzt** **sind** **sie** **verpachtet**.

Die **Einsicht** der **Mitteilungen** des **Grundbuchamts** und der **abgegebenen** **Schätzungen**, ist **jedem** **gestattet** (**Zimmer 10**). Rechte auf **Befriedigung** aus dem **Grundstücke** sind, **soweit** sie zur **Zeit** der **Eintragung** des **am 4. Dezember 1930** **verlautbarten** **Versteigerungsvermerks** aus dem **Grundbuche** nicht **erlässlich** waren, **spätestens** im **Versteigerungstermine** vor der **Aufforderung** zur **Abgabe** von **Geboten** anzumelden und, wenn der **Gläubiger** **widerspricht**, **glaubhaft** zu **machen**. Die **Rechte** sind **sonst** bei der **Bestellung** des **geringsten** **Gebots** nicht zu **berücksichtigen** und bei der **Verteilung** des **Versteigerungserlöses** dem **Anspruche** des **Gläubigers** und den **übrigen** **Rechten** **nachzugeben**.

Wer ein der **Versteigerung** **entgegenstehendes** **Recht** hat, **muß** vor der **Verteilung** des **Zuschlags** die **Aufhebung** oder die **einstweilige** **Einstellung** des **Verfahrens** **herbeiführen**, **widrigenfalls** für das **Recht** der **Versteigerung** **gegenstehendes** **Recht** an die **Stelle** des **versteigerten** **Gegenstandes** tritt. **Za 22/30 6045**

Amtsgericht Großschönau i. Sa., 7. Januar 1931.

Das im **Grundbuche** für **Lauter** **Blatt 73** auf den **Namen** des **Buchbinders** **Ernst August Schübert** **eingetragene** **Grundstück** soll am **Montag, den 2. März 1931, vormittags 10 Uhr** an der **Gerichtsstelle** im **Wege** der **Zwangsvollstreckung** **versteigert** werden. Das **Grundstück** ist nach dem **Flurbuche** **5,8 Ar** groß und nach dem **Verkehrswert** auf **5885 RM** **geschätzt**. Es besteht aus dem **Flurstück** **Nr. 122** der **Flurbuche**, **liegt** an **Lauter** an dem **Büchsenstrich** **weg**, etwa **3** **Minuten** vom **Bahnhof** **Lauter** **entfernt** und ist mit einem **unvollendeten**, bis zur **Dachstuhldecke** **fertiggestellten** **Wohnhaus** **bebaut**. Die **Einsicht** der **Mitteilungen** des **Grundbuchamts** und der **abgegebenen** **Schätzungen**, ist **jedem** **gestattet**. Rechte auf **Befriedigung** aus dem **Grundstücke** sind, **soweit**

sie zur **Zeit** der **Eintragung** des **am 11. November 1930** **verlautbarten** **Versteigerungsvermerks** aus dem **Grundbuche** nicht **erlässlich** waren, **spätestens** im **Versteigerungstermine** vor der **Aufforderung** zur **Abgabe** von **Geboten** anzumelden und, wenn der **Gläubiger** **widerspricht**, **glaubhaft** zu **machen**. Die **Rechte** sind **sonst** bei der **Bestellung** des **geringsten** **Gebots** nicht zu **berücksichtigen** und bei der **Verteilung** des **Versteigerungserlöses** dem **Anspruche** des **Gläubigers** und den **übrigen** **Rechten** **nachzugeben**.

Amtsgericht Markranstädt, 9. Januar 1931.

Die im **Grundbuche** für **Gerndorf** **Blatt 22** und **193** auf den **Namen** **Friedrich Hermann Höpke** **eingetragene** **Grundstücke** (**Haus** - **Ortl. Nr. 3** - **Feld, Wiese**) sollen am **Montag, den 14. März 1931, vormittags 10 Uhr** an der **Gerichtsstelle** im **Wege** der **Zwangsvollstreckung** **versteigert** werden.

